



MAI / 2023

TÜRKEI: VERLETZUNG DES RECHTS
AUF KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG
HAT VIELFÄLTIGE KONSEQUENZEN

EIN ÜBERBLICK MIT EINEM SCHWERPUNKT
ZUR EINSCHRÄNKUNG DER
BEWEGUNGSFREIHEIT VON
KRIEGSDIENSTVERWEIGERERN UND
DEREN VERLETZUNG DES RECHTS AUF
ARBEIT

Autoren

Hülya Üçpınar
Merve Arkun



Conscientious
Objection
Watch



European
Bureau for
Conscientious
Objection



IFOR INTERNATIONAL FELLOWSHIP
of RECONCILIATION

TÜRKİ: VERLETZUNG DES RECHTS AUF KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG HAT VIELFÄLTIGE KONSEQUENZEN

EIN ÜBERBLICK MIT EINEM SCHWERPUNKT
ZUR EINSCHRÄNKUNG DER
BEWEGUNGSFREIHEIT VON
KRIEGSDIENSTVERWEIGERERN UND DEREN
VERLETZUNG DES RECHTS AUF ARBEIT

M A I / 2 0 2 3

Autoren

Hülya Üçpınar
Merve Arkun



vicdaniretizleme@gmail.com





Bertha
von Suttner
Stiftung
der DFG-VK

*Dieser Bericht wurde mit Unterstützung der
Bertha-von-Suttner-Stiftung erstellt.*

INHALT

1. Zusammenfassung	<u>2</u>
2. Einführung	<u>4</u>
3. Ein kurzer Überblick über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung	<u>6</u>
4. Einschränkung der Freizügigkeit, Verletzung des Rechts auf Arbeit und Kriegsdienstverweigerung	<u>11</u>
4.1 Verstoß gegen das Recht auf Arbeit	<u>12</u>
4.1.1 Erfahrungen mit Verstößen gegen das Recht auf Arbeit	<u>14</u>
4.2 Die Auswirkung der Verletzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung auf die Einschränkung der Freizügigkeit	<u>25</u>
4.2.1 Erfahrungen mit der Einschränkung der Freizügigkeit	<u>27</u>
5. Zusammenfassung	<u>34</u>

Über die Autorinnen

Hülya Üçpınar ist Menschenrechtsanwältin und Wissenschaftlerin und beschäftigt sich insbesondere mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Sie ist die juristische Koordinatorin von Conscientious Objection Watch und Mitbegründerin der in Istanbul ansässigen Nonviolence Education and Research Association. Seit 2014 ist sie Mitglied des Rates und des Exekutivausschusses von War Resisters' International (WRI).

Üçpınar hat zahlreiche Berichte und Artikel zur Kriegsdienstverweigerung in der Türkei verfasst und zur Prävention von Folter und der Überwachung von Haftanstalten in der Türkei gearbeitet und veröffentlicht.

Merve Arkun, ist Wissenschaftlerin und befasst sich seit über 10 Jahren mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei, beobachtet die Situation der Kriegsdienstverweigerer und berichtet regelmäßig darüber. Arkun, die 2011 ihre Kriegsdienstverweigerung aus feministischen Gründen erklärte, beteiligte sich an der Organisation der Initiative Solidarität mit dem Kriegsdienstverweigerer İnan Süver und der Plattform für Kriegsdienstverweigerung und Frieden und war 2013 eine der Gründer*innen des Vereins für Kriegsdienstverweigerung. Derzeit ist sie Koordinatorin von Conscientious Objection Watch, einer zivilen Initiative, die im Bereich der Kriegsdienstverweigerung arbeitet.

Seit 2014 ist Merve Arkun eine der Vizepräsident*innen des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung und Mitglied des Right to Refuse to Kill-Komitees der War Resisters' International.

1. ZUSAMMENFASSUNG

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung beruht auf der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, die in internationalen Menschenrechtsverträgen garantiert wird. In diesem Zusammenhang wird die Kriegsdienstverweigerung von den Vereinten Nationen und dem Europarat als Menschenrecht anerkannt und geschützt. In Ländern, in denen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht gesetzlich garantiert ist, sind Kriegsdienstverweigerer jedoch mit einer Kette von Menschenrechtsverletzungen, Einschränkungen, Gerichtsverfahren und Strafverfolgung konfrontiert.

Dieser Bericht soll einen Einblick in die Rechtsverletzungen und Einschränkungen geben, denen Kriegsdienstverweigerer in der Türkei ausgesetzt sind, einschließlich Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Verletzungen des Rechts auf Arbeit. Durch die in dem Bericht enthaltenen Interviews sollen die Verletzungen und Probleme, mit denen Kriegsdienstverweigerer in der Türkei konfrontiert sind, innerhalb der beiden im Bericht behandelten Kategorien von Rechtsverletzungen/-einschränkungen sichtbar gemacht werden.

In der Türkei ist der Militärdienst für jeden Mann zwischen 20 und 41 Jahren verpflichtend. Die Dauer beträgt sechs Monate für Gefreite und zwölf Monate für Reserveoffiziere und Offiziere. Obwohl es eine Altersgrenze für den Militärdienst gibt, unterliegen Männer in der Praxis ihr ganzes Leben lang der Wehrpflicht. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird nicht anerkannt und es gibt weder ein Verfahren, das Kriegsdienstverweigerer in Anspruch nehmen können, noch gibt es einen alternativen Zivildienst. Das Fehlen von Rechtsvorschriften über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verschärft die Rechtsverletzungen und Einschränkungen, denen Kriegsdienstverweigerer ausgesetzt sind und setzt sie dem „zivilen Tod“ aus, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) festgestellt hat.

Diese Situation wirkt sich unmittelbar auf das tägliche Leben vieler Kriegsdienstverweigerer aus. Sie sind dazu gezwungen, ein Leben zu führen, in dem ihnen soziale, wirtschaftliche und politische Rechte vorenthalten werden.

Wir möchten uns bei War Resisters' International, Connection e.V. und der Bertha-von-Suttner-Stiftung dafür bedanken, dass sie uns ermutigt haben, diesen Bericht zu erstellen. Wir hoffen, dass dieser Bericht einen konkreten Beitrag dazu leisten wird, die Situation des zivilen Todes von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei sichtbar zu machen.

2. EINFÜHRUNG

Siebzehn Jahre nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) von 2006 über die Rechtssache Ülke gegen die Türkei¹, erkennt die Türkei das Recht auf Kriegsdienstverweigerung noch immer nicht an. In der Türkei werden Militär-/Kriegsdienstverweigerer verfolgt und bestraft, weil sie sich der Einberufung oder dem Kriegsdienst entziehen oder desertieren. Kriegsdienstverweigerer sind mit zahlreichen Rechtsverletzungen und Einschränkungen konfrontiert, wie beispielsweise Geldstrafen, wiederholte Gerichtsverfahren wegen desselben Vorwurfs, Verletzungen des Rechts auf Bildung, des Wahlrechts und des Rechts auf Beschäftigung sowie der Bewegungsfreiheit.

Das von Conscientious Objection Watch im Januar 2023 veröffentlichte „Conscientious Objection Watch Bulletin“² (Oktober-Dezember 2022), enthält Daten über die häufigsten Verletzungen und Einschränkungen der Rechte von Kriegsdienstverweigerern und Militärdienstpflichtigen aus dem Jahr 2022. Diesen Daten zufolge waren die häufigsten Rechtsverletzungen, denen Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstpflichtige im Jahr 2022 ausgesetzt waren, Einschränkungen des Rechts auf Arbeit und der Bewegungsfreiheit. Diese beiden Kategorien sind wichtig, um die Bedingungen des zivilen Todes aufgrund des Fehlens von Rechtsvorschriften zum Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu ermitteln.

Die Methodik des Berichts basiert auf der Auswertung von Interviews mit sieben Kriegsdienstverweigerern und einem Anwalt sowie auf einer Recherche von Quellen zu internationalen Menschenrechtsgesetzen, nationaler Gesetzgebung und Praxis des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung.

Es gibt keine öffentlich zugänglichen offiziellen Daten oder Statistiken über das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der Türkei.

¹ Zweiter Absatz, 39437/98, 24.01.2006

² https://drive.google.com/file/u/1/d/1mM_04THHwuW_e3kYgRkEWwT51JZUbNlm/view

Die in dem Bericht dargestellten Daten wurden im Rahmen der Monitoringarbeit von Conscientious Objection Watch erhoben, um die Situation von Kriegsdienstverweigerern und Militärdienstpflichtigen zu ermitteln. Die Diagramme in dem Bericht basieren auf den Daten, die im Rahmen dieser Studie gewonnen wurden.

Der erste Teil des Berichts befasst sich mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung in den internationalen Menschenrechtsbestimmungen, der nationalen Gesetzgebung und der Praxis. Der zweite Teil enthält Einschätzungen zu den Auswirkungen von Verstößen gegen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auf die Einschränkung der Bewegungsfreiheit und die Verletzung des Rechts auf Arbeit. Dieser Teil beinhaltet ebenso persönliche Geschichten von sieben Kriegsdienstverweigerern, um die Auswirkungen der Nichtanerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung auf die Einschränkung der Bewegungsfreiheit sowie die Verletzung des Rechts auf Arbeit von Kriegsdienstverweigerern zu verstehen.



3. EIN KURZER ÜBERBLICK ÜBER DAS RECHT AUF KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Kriegsdienstverweigerung als Teil der internationalen Menschenrechtsnormen

Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung beruht auf der Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, die durch den Artikel 18³ der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Artikel 18 des⁴ Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte und Artikel 9⁵ der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützt sind. Die Türkei hat die wichtigsten internationalen Menschenrechtsverträge sowohl im Rahmen der Vereinten Nationen als auch der Menschenrechtsschutzmechanismen des Europarates ratifiziert. Ordnungsgemäß ratifizierte und in Kraft getretene internationale Konventionen haben gemäß Artikel 90/5 der Verfassung Gesetzeskraft. Daher ist die Türkei als Vertragspartei dieser Konventionen verpflichtet, Vorschriften zum Schutz und zur Sicherung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu erlassen.

³ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 18

Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.

⁴ Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, Art. 18

(1) Jedermann hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung eigener Wahl zu haben oder anzunehmen, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Beachtung religiöser Bräuche, Ausübung und Unterricht zu bekunden.

(2) Niemand darf einem Zwang ausgesetzt werden, der seine Freiheit, eine Religion oder eine Weltanschauung seiner Wahl zu haben oder anzunehmen, beeinträchtigen würde.

(3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit, Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.

(4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.

⁵ Europäische Menschenrechtskonvention, Art. 9

(1) Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen.

(2) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekennen, darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die öffentliche Sicherheit, zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.

Kriegsdienstverweigerung in der nationalen Gesetzgebung und Praxis

In den nationalen Rechtsvorschriften ist die Verweigerung des Militärdienstes nicht als Recht geregelt. Allerdings heißt es in Artikel 24 der Verfassung, *„Jedermann genießt die Freiheit des Gewissens, der religiösen Anschauung und Überzeugung (...). Niemand darf gezwungen werden, an Gottesdiensten, religiösen Zeremonien und Feiern teilzunehmen, seine religiöse Anschauung und seine religiösen Überzeugungen zu offenbaren; niemand darf wegen seiner religiösen Anschauungen und Überzeugungen gerügt oder angeklagt werden.“* In Artikel 25 der Verfassung heißt es: *„Jedermann genießt Meinungs- und Gedankenfreiheit. Niemand darf, aus welchem Grund und zu welchem Zweck auch immer, zur Äußerung seiner Meinungen und Überzeugungen gezwungen werden; er darf wegen seiner Meinungen und Überzeugungen nicht gerügt oder einem Schuldvorwurf ausgesetzt werden.“* Kriegsdienstverweigerung ist ein Recht, das sich aus der „Religions- und Gewissensfreiheit“ und der „Gedanken- und Meinungsfreiheit“ ergibt. Diese Rechte sind durch die Artikel 24 und 25 der türkischen Verfassung geschützt.

Artikel 4 des Wehrdienstgesetzes von 2019⁶ legt fest, dass der Militärdienst obligatorisch ist. Nach den Artikeln 3 und 5 desselben Gesetzes ist der Militärdienst für alle Männer zwischen 20 und 41 Jahren obligatorisch. Die Dauer des Militärdienstes beträgt sechs Monate für Militärdienstpflichtige und Gefreite und zwölf Monate für Reserveoffiziere und Unteroffiziere der Reserve.

Das Wehrdienstgesetz enthält Bestimmungen über die Verfolgung von Kriegsdienstverweigerern⁷ und Militärdienstentziehern⁸ sowie über die gegen sie zu verhängenden Verwaltungsstrafen. Die Bußgelder beruhen auf einer Richtlinie, die den Bürgern nicht zugänglich ist, da sie „nur für internen Dienstgebrauch“ ist.⁹ Als Ergebnis der GBT-Ermittlungen (General Information Gathering – Strafverfolgungsdatenbank), die gemäß dieser Richtlinie über Einzelpersonen durchgeführt werden, wird von der Polizei oder

⁶ Das Gesetz Nr. 7179 über den Wehrdienst wurde am 25. Juni 2019 verabschiedet und am 26. Juni 2019 im Amtsblatt Nr. 30813 veröffentlicht.

⁷ **Militärdienstverweigerer:** Diejenigen, die innerhalb des für sie geltenden Einberufungsjahres nicht zum Appell antreten.

⁸ **Militärdienstentzieher:** Diejenigen, die der Meldepflicht unterliegen, aber dieser keine Folge leisten und diejenigen, die sich nicht der Einheit anschließen, zu der sie eingezogen wurden.

⁹ GBT-Aufzeichnungen werden gemäß der Richtlinie über die Sammlung von Informationen aufbewahrt, die vom Innenministerium für Schmuggel, Geheimdienste, Operationen und Informationssammlung (KİHBI) vom 29.03.2005 herausgegeben wurde und die Nummer B05KDH-73-23-71 trägt.

Gendarmerie ein Meldeprotokoll erstellt. Dieser Vorgang kann wiederholt stattfinden. Nach Abschluss des Bußgeldverfahrens wird ein Strafverfahren nach dem Militärstrafgesetzbuch eingeleitet. Nach der ersten Geldstrafe führt jeder Eintrag zu einem neuen Strafverfahren. Wie aus dem detaillierten Diagramm im Bericht über die Kriegsdienstverweigerung in der Türkei hervorgeht, können Personen, die als wehrpflichtig gelten, einschließlich Kriegsdienstverweigerern, aufgrund der Aufzeichnungen mehr als einmal zu einer Geldstrafe verurteilt werden.¹⁰

Gemäß Artikel 26 Absatz 1 des Wehrpflichtgesetzes werden Kriegsdienstverweigerer, Militärdienstentzieher und Deserteure dem Innenministerium gemeldet, um sicherzustellen, dass sie zur Ableistung des Militärdienstes festgenommen werden. Sobald sie aufgegriffen werden, werden sie entweder zur nächstgelegenen Einberufungsstelle gebracht und/oder freigelassen, erhalten ein offizielles Meldeprotokoll und werden aufgefordert, sich gemäß Artikel 36 Absatz 2 innerhalb von 15 Tagen¹¹ bei der nächstgelegenen Einberufungsstelle zu melden.

Darin heißt es, dass der Betreffende eine Frist von 15 Tagen erhält, um sich zur Meldestelle zu begeben und seinen Militärdienst zu erfüllen. Darüber hinaus werden gemäß Artikel 24 Absatz 1 des Wehrdienstgesetzes gegen Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstentzieher Geldbußen verhängt. Die Bußgelder sind innerhalb eines Monats nach Zustellung zu zahlen. Wird gegen die Geldbuße nicht innerhalb von 15 Tagen Einspruch eingelegt oder wird der Einspruch zurückgewiesen, so wird die Geldbuße rechtskräftig. Bis zur Rechtskraft des Bußgeldbescheids bedeutet jeder neue Eintrag ein neues Bußgeld.

Nach der Vollstreckung des Bußgeldbescheids wird ein Strafverfahren gegen die Person eingeleitet, sofern es nach einer weiteren Identitätskontrolle zu einem Eintrag gekommen ist. Die Strafverfolgung wird zu einem Strafverfahren mit dem Vorwurf, ein Kriegsdienstverweigerer oder Militärdienstentzieher zu sein. Selbst wenn eines der Strafverfahren zu einer Verurteilung führt, verhindert dies nicht die Einleitung eines neuen Strafverfahrens gegen die Person.

¹⁰ Der Bericht über die Kriegsdienstverweigerung in der Türkei wurde 2021 vom Verein für Kriegsdienstverweigerung erstellt. Die Zusammenfassung der Studie liegt in deutscher Übersetzung unter <https://de.connection-ev.org/article:tuerkei-studie-zur-kriegsdienstverweigerung-einleitung> vor. Das englischsprachige Original der Studie kann heruntergeladen werden unter <https://en.connection-ev.org/pdfs/expert-opinion-turkey-2021.pdf>.

¹¹ Die Frist von 15 Tagen ist nicht im Gesetz oder in der Verordnung enthalten, sondern wird in amtlichen Veröffentlichungen genannt.

Mit anderen Worten: Es kann eine unbegrenzte Anzahl von Strafverfahren gegen eine Person eingeleitet werden und es können endlos viele Strafurteile erlassen werden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat in seinem Urteil Ülke gegen die Türkei den psychischen Druck, möglicherweise wiederholt verfolgt, verurteilt und bestraft zu werden sowie das ständige Risiko, bestraft zu werden, als Ausgangspunkt für die Definition des zivilen Todes herangezogen.

Seit dem Urteil des EGMR in der Rechtssache Ülke gegen die Türkei aus dem Jahr 2006 überwacht das Ministerkomitee des Europarats die Umsetzung dieses und anderer Urteile zur Kriegsdienstverweigerung durch ein verstärktes Monitoring. Der türkische Staat besteht jedoch weiterhin darauf, nicht die notwendigen Schritte zu unternehmen, um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu garantieren und die Menschenrechtsverletzungen zu beseitigen, denen Kriegsdienstverweigerer ausgesetzt sind.

Der Inhalt der „Aktionspläne“ für politische und praktische Maßnahmen zur Kriegsdienstverweigerung, welche die türkische Regierung dem Ministerkomitee im Rahmen des verstärkten Monitorings in den Jahren 2020 und 2021 vorlegte, zeigt deutlich die Tendenz der Regierung, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu ignorieren. Die letzten Aktionspläne vom 31. März 2020, 5. August 2021 und 29. März 2023 enthielten leider keine konkreten rechtlichen und praktischen Maßnahmen für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Darüber hinaus normalisieren die jüngsten Gesetzesänderungen in Bezug auf die Praxis des „bezahlten Militärdienstes“, den die Regierung in ihren Aktionsplänen als Alternative zur Kriegsdienstverweigerung darstellt, weiter die Rechtsverletzungen und Einschränkungen, denen Kriegsdienstverweigerer ausgesetzt sind.

In ihrer Stellungnahme an das Ministerkomitee vom 28.09.2018 erklärte die Regierung, dass die Option des „bezahlten Militärdienstes“ eine Alternative darstellt, bei der berechtigte Personen durch Zahlung eines bestimmten Geldbetrags vom Militärdienst befreit werden können.

Im Juli 2022 wurde mit dem im Amtsblatt veröffentlichten Gesetz eine Änderung der Praxis des bezahlten Militärdienstes vorgenommen, und Personen, die sich dem Kriegsdienst entzogen haben, kamen in den Genuss dieser Praxis. In seiner jetzigen Form ist der bezahlte Militärdienst jedoch unvereinbar mit dem Wesen der Kriegsdienstverweigerung und stellt keine Alternative für Kriegsdienstverweigerer dar, da er den Beitritt zu einer militärischen Einheit für einen Monat, Gehorsam innerhalb der Befehlskette der Armee sowie das Tragen der Militäruniform erfordert.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der türkische Staat weiterhin gegen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung verstößt, indem er es nicht nur versäumt, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung gesetzlich zu regeln, sondern auch die Verpflichtungen aus den internationalen Konventionen – die er unterzeichnet hat – nicht erfüllt. Da das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht existiert, werden Kriegsdienstverweigerer als „Militärdienstentzieher“, „Militärdienstverweigerer“ oder „Deserteure“ betrachtet und müssen mit Verwaltungsverfahren und Strafen sowie mit Strafverfahren, Haftstrafen und Geldstrafen rechnen. Das Recht auf Bildung, das Recht auf Arbeit, das aktive und passive Wahlrecht und das Recht auf ein faires Verfahren werden verletzt. Die Bewegungsfreiheit von Kriegsdienstverweigerern und Militärdienstverweigerern wird eingeschränkt. Auf diese Weise werden Personen, die den obligatorischen Militärdienst verweigern wollen, gezwungen, unter den Bedingungen des zivilen Todes zu leben.



4. EINSCHRÄNKUNG DER FREIZÜGIGKEIT, VERLETZUNG DES RECHTS AUF ARBEIT UND KRIEGSDIENSTVERWEIGERUNG

Das Beharren des türkischen Staates auf der Nichtanerkennung und Verletzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung hat direkte Auswirkungen auf andere Menschenrechte, einschließlich des Wahlrechts, des Rechts auf Bewegungsfreiheit, des Rechts auf ein faires Verfahren, des Rechts auf Bildung und des Rechts auf Arbeit.

Nach den Daten, die Conscientious Objection Watch bei der Beobachtung der Situation von Kriegsdienstverweigerern und Militärdienstpflichtigen erhalten hat, betreffen die häufigsten Verletzungen bzw. Einschränkungen der Rechte von Kriegsdienstverweigerern und Militärdienstpflichtigen im Jahr 2022 die Freizügigkeit und prekäre Arbeit. Diese beiden Kategorien wirken sich direkt auf das soziale und wirtschaftliche Leben von Kriegsdienstverweigerern aus und vervielfachen die Auswirkungen des zivilen Todes auf ihr Leben.



Militurismus-Festival, 2005, Straßenperformance im Bahnhof Haydarpaşa in İzmir.

4.1 Verstoß gegen das Recht auf Arbeit

Das Recht auf Arbeit ist in den Artikeln 48 und 49 der Verfassung verankert. In Artikel 48 der Verfassung heißt es: *„Jeder hat die Freiheit, in einem Bereich seiner Wahl zu arbeiten und einen Vertrag abzuschließen“* und in Artikel 49 heißt es: *„Jeder hat das Recht und die Pflicht zu arbeiten“*.

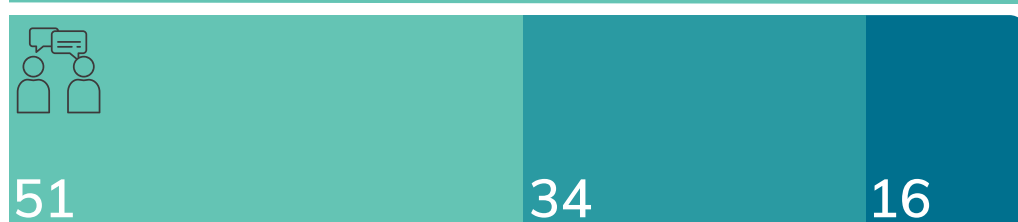
Nach Artikel 41 Absatz 2 des Wehrdienstgesetzes dürfen Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstverweigerer jedoch weder im öffentlichen noch im privaten Sektor beschäftigt werden. Diejenigen, die sie beschäftigen, werden strafrechtlich verfolgt. Nach Artikel 48 Absatz 6 des Beamtengesetzes darf man nicht militärdienstpflichtig sein, um als Beamt*in beschäftigt zu werden.

In Artikel 75 Absatz 1 des Militärstrafgesetzbuchs sind auch die Sanktionen für Arbeitgeber*innen festgelegt, die eine Person, die als Kriegsdienstverweigerer oder Militärdienstentzieher gilt, nicht entlassen. Dieser Artikel sieht vor, dass Arbeitgeber*innen, die es versäumen, das Arbeitsverhältnis einer solchen Person nach der Benachrichtigung durch die Regierung zu beenden, mit einer Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu einem Jahr bestraft werden können. Bei fortlaufender Beschäftigung ist sogar eine Freiheitsstrafe von einem bis zu drei Jahren möglich. Diese Bestimmung gilt sowohl für den gesamten privaten als auch für den öffentlichen Sektor.

Aufgrund der oben genannten Gesetzesartikel ist es für Personen, die ihren Militärdienst nicht abgeleistet haben, einschließlich Kriegsdienstverweigerer, nicht nur unmöglich, im öffentlichen Sektor zu arbeiten, sondern auch äußerst problematisch, legal im privaten Sektor zu arbeiten. Diese Situation führt dazu, dass das Recht vieler Menschen auf Arbeit verletzt wird. Menschen, die keinen Militärdienst leisten wollen, sind aufgrund der Sanktionen in den oben genannten Gesetzesartikeln oft gezwungen, unangemeldet zu arbeiten, häufig ohne soziale Absicherung. Oder bereits arbeitende Kriegsdienstverweigerer werden entlassen, wenn ihre Arbeitgeber vom Verteidigungsministerium benachrichtigt werden.

Diese Situation stellt ein großes Problem im wirtschaftlichen Leben der Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstentzieher dar und lässt ihnen keine Möglichkeit, ihr tägliches Leben auf einem der Menschenwürde entsprechenden Niveau zu halten.

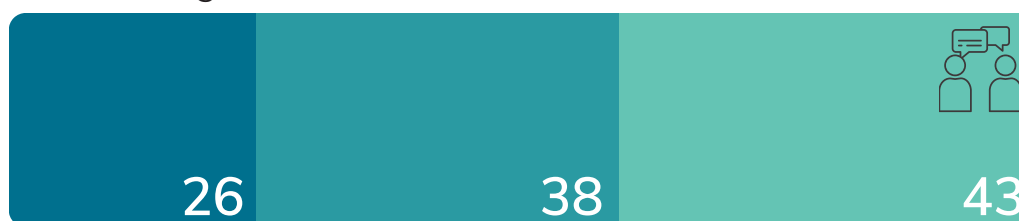
Nach den Daten, die aus den Meldungen bei Conscientious Objection Watch hervorgehen, gaben 56 Personen im Jahr 2021 und 47 Personen im Jahr 2022 an, dass ihr Recht auf Arbeit aufgrund ihrer Militärdienstplicht verletzt wurde. Unter den Antragstellern befinden sich viele Personen, die aufgrund dessen entlassen wurden, die nicht in der Privatwirtschaft mit Sozialversicherung arbeiten können oder die nicht in öffentlichen Einrichtungen arbeiten können. Die Daten zeigen, dass die häufigste Verletzung der Rechte von Kriegsdienstverweigerern und Militärdienstpflichtigen in den letzten zwei Jahren die Verletzung des Rechts auf Arbeit ist.



Laut den Anträgen, die beim Conscientious Objection Watch eingereicht wurden, wurden im Jahr 2021 die Arbeitsrechte von insgesamt 56 wehrpflichtigen Personen verletzt. 51 der Antragsteller gaben an, dass sie nicht bei einer Versicherung arbeiten konnten, 34 gaben an, dass sie nicht in öffentlichen Einrichtungen arbeiten konnten, und 16 gaben an, dass sie aufgrund ihrer Wehrpflicht entlassen wurden. Die meisten Antragsteller gaben an, dass sie mehr als einer Verletzung ihrer Rechte zur gleichen Zeit ausgesetzt waren.

2021

2022



Laut den Anträgen, die beim Conscientious Objection Watch eingereicht wurden, wurden die Arbeitsrechte von insgesamt 47 Personen, die im Jahr 2022 zum Militärdienst verpflichtet waren, verletzt. Von den Antragstellern gaben 43 an, dass sie nicht bei einer Versicherung arbeiten konnten, 38 gaben an, dass sie nicht in öffentlichen Einrichtungen arbeiten konnten, und 26 gaben an, dass sie aufgrund ihrer Wehrpflicht entlassen wurden. Die meisten Antragsteller gaben an, dass sie mehr als einer Verletzung ihrer Rechte gleichzeitig ausgesetzt waren.



4.1.1 Erfahrungen mit Verstößen gegen das Recht auf Arbeit

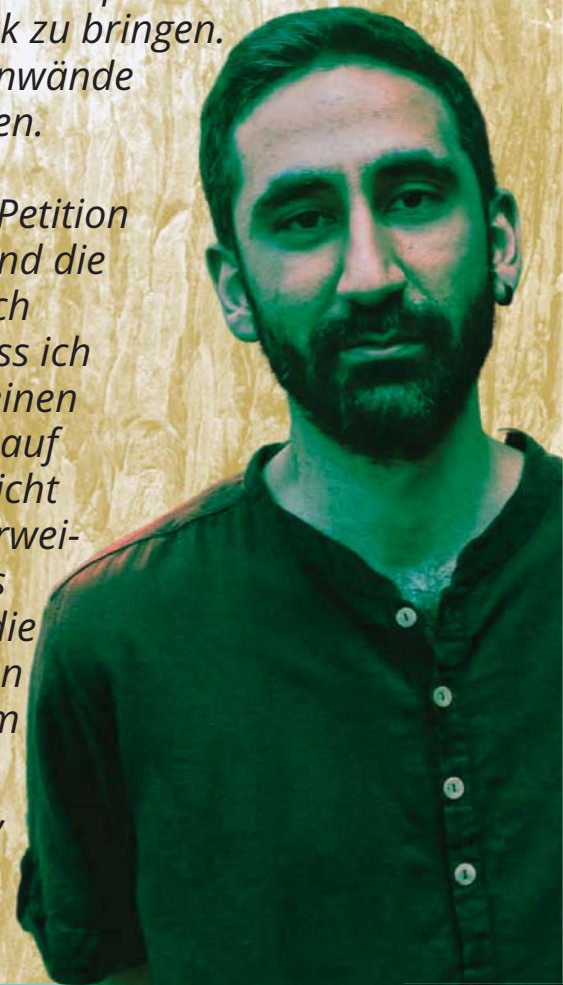


Seyda Can Yilmaz¹²

Ich bin 33 Jahre alt. Ich habe meine Kriegsdienstverweigerung im Dezember 2009 erklärt, als ich noch Student war. Als ich in der Schule war, habe ich in einer Kolumne von den Erfahrungen von Mehmet Bal, einem Kriegsdienstverweigerer, erfahren. Später begann ich, Texte über Kriegsdienstverweigerung zu lesen, insbesondere über Kriegsdienstverweigerer in der Türkei. Ich entschied mich für die Kriegsdienstverweigerung, um meine Einwände gegen die Weltordnung im Allgemeinen und gegen die militaristische und patriarchalische Kultur in der Türkei im Besonderen zum Ausdruck zu bringen.

Die Motivation für meine Erklärung war, diese Einwände zu einem konkreten Teil meines Lebens zu machen.

Bevor ich im Juli 2018 militärdienstpflichtig wurde, schickte ich Ende Mai 2018 eine Petition an das Ministerium für Nationale Verteidigung und die Große Nationalversammlung der Türkei, in der ich erklärte, dass ich Kriegsdienstverweigerer sei, dass ich keinen Militärdienst leisten würde und dass ich einen zivilen Ersatzdienst leisten könnte. Der Staat hat auf meine Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung nicht reagiert. Ich kann sagen, dass die Kriegsdienstverweigerung keinen großen Einfluss auf mein tägliches Leben hatte, abgesehen von der Tatsache, dass die offiziellen Bescheinigungen viele Male unter vielen verschiedenen Umständen ausgestellt wurden. Im ersten Jahr weigerte ich mich, die gegen mich ausgestellten Meldeprotokolle zu unterschreiben, weshalb ich manchmal angespannte Gespräche mit Polizeibeamten hatte. Danach habe ich es aufgegeben, die Unterschrift zu verweigern.



¹² Zwischen 2018 und 2020 wurde Seyda Can Yilmaz 14 Mal einer GBT (General Information Collection) - Kontrolle unterzogen, und die gleiche Anzahl von Meldeprotokollen wurde gegen ihn ausgestellt. Yilmaz hat beim Verfassungsgericht eine Individualbeschwerde wegen Verletzung seines Rechts auf Kriegsdienstverweigerung eingereicht, die noch anhängig ist. Die Erklärung von Seyda Can Yilmaz zur Kriegsdienstverweigerung ist abrufbar unter: <https://vicdaniret.org/seyda-can-yilmaz/>

Im Sommer 2018 war ich als versicherter Arbeitnehmer tätig, als ich zum Militärdienstentzieher wurde. Im November 2018 habe ich meinen Job freiwillig aufgegeben. Da ich wusste, dass die Beschäftigung eines Militärdienstentziehers eine Straftat ist und dass die Institution, für die ich arbeitete, irgendwann verwahrt werden würde, zog ich es vor, danach unangemeldet zu arbeiten. Ich habe das Konto meiner Mutter benutzt, um mein Gehalt zu erhalten. Im Januar 2022 meldete ich mich auf Drängen meines Vaters als Versicherter in seinem Unternehmen an. Im August 2022 erhielt der Betrieb eine Abmahnung. Es wurde erklärt, dass es eine Straftat sei, einen Kriegsdienstverweigerer zu beschäftigen. Sie bekamen 2 Monate Zeit, um mich zu entlassen. Im September 2022 wurde ich entlassen. Während dieser Zeit ging ich einer anderen, nicht angemeldeten Tätigkeit nach. Ich war nur auf dem Papier in der Firma meines Vaters tätig. Natürlich musste mein Vater während der Zeit, in der ich angemeldet war, mein Gehalt auf das auf meinen Namen lautende Konto überweisen. Damals hatte ich einen Bußgeldbescheid, aber mein Konto wurde nicht gesperrt. Dann habe ich einen Job im Ausland gefunden. Seit Oktober 2022 lebe und arbeite ich außerhalb der Türkei. Ich habe diese Möglichkeit aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Türkei ergriffen.



Militurismus-Festival, 2004, Istanbul. Straßenperformance im Bahnhof Haydarpaşa.



Hüseyin Civan¹³

Ich bin 36 Jahre alt. Nachdem ich eine Zeit lang im Verlagswesen tätig war, habe ich lange Zeit in Kurzzeit-/Zeitarbeitsverhältnissen gearbeitet. Weil ich Kriegsdienstverweigerer bin, kann ich keinen festen Arbeitsplatz finden. Im Jahr 2015 habe ich meine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Ich habe diese Erklärung abgegeben, als ich noch militärdienstpflichtig war. Seit Anfang der 2000er Jahre bin ich mir der Kriegsdienstverweigerung, des Antimilitarismus und der Kriegsgegnerschaft bewusst, habe darüber gelesen und versucht, die Agenda in diesem Bereich über verschiedene Kanäle zu verfolgen. Obwohl ich erst 2015 meine Kriegsdienstverweigerung erklärt habe, habe ich bereits seit 2008 versucht, de facto Teil der Kriegsdienstverweigerungsbewegung zu sein. Im Jahr 2009 nahm ich an der Initiative Solidarität mit dem Kriegsdienstverweigerer İnan Süver in Izmir teil. In den folgenden Jahren war ich an den Prozessen von Kriegsdienstverweigerern beteiligt, die in verschiedenen Städten wegen ihrer Verweigerung verhaftet wurden. Ich beteiligte mich an der Plattform für Kriegsdienstverweigerung für den Frieden und später an Verein für Kriegsdienstverweigerung.



¹³ Hüseyin Civan's Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung ist abrufbar unter: <https://vicdaniret.org/huseyin-civan/>.

All diese Erfahrungen und meine politische Perspektive waren meine Hauptmotivation, meine Verweigerung zu erklären. Der Grund, warum ich meine Kriegsdienstverweigerung im Jahr 2015 erklärte, war die Erklärung der Kriegsdienstverweigerung des anarchistischen Gefangenen Umut Firat Süvarioğulları während seiner Haftzeit. Ich dachte, es sei ein guter Zeitpunkt, um mich mit ihm zu solidarisieren und erklärte meine Verweigerung in der Woche des 15. Mai. Meine Kriegsdienstverweigerung oder meine Mitgliedschaft in der antimilitaristischen Bewegung hatte einen großen Einfluss auf die Gestaltung meines Lebens. Ich war Student, als ich diese Idee und Bewegung kennenlernte. Ich hatte akademische Pläne, ich wollte meine Ausbildung nach dem Grundstudium fortsetzen. Aber das konnte ich nicht tun, da ich zur Ableistung des Militärdienstes verpflichtet war. Ich war Kriegsdienstverweigerer. In den folgenden Jahren machte ich ähnliche Erfahrungen in meinem Berufsleben. Selbst mit einem Bachelor-Abschluss kann ich nicht in staatlichen Einrichtungen arbeiten. Eine der ersten Bedingungen, die in der Privatwirtschaft verlangt werden, ist, dass ich meine Militärdienstpflicht erfülle. Das bedeutet für mich, ohne Versicherung und informell zu arbeiten... Ich versuche schon seit langem, mein Leben und das meiner Familie auf diese Weise zu sichern. Die meisten Jobs, die ich hatte, waren befristet. Das führt zu einer ständigen Arbeitssuche. Mit anderen Worten, ich bin gezwungen, informell zu arbeiten, nur weil ich Kriegsdienstverweigerer bin. Nicht nur die Einschränkung meiner Freiheit zu arbeiten, sondern auch die Einschränkung meiner Reisefreiheit sind die häufigsten Verstöße gegen meine Rechte. Ein einfaches Beispiel: Manchmal, wenn ich in den Supermarkt gehe, führt die GBT-Kontrolle, auf die ich stoße, für mich zu einem Bußgeld. Das hängt natürlich von der Laune der Person ab, welche die GBT durchführt. Ich habe auch schon Situationen erlebt, in denen ich lange warten musste, oder bei denen ich zur Bearbeitung zur Polizeiwache oder zur Militärbehörde gebracht wurde. Das ist nicht nur für mich anstrengend, sondern auch für meine Familie, die mich bei all diesen Vorgängen begleitet. Ich habe in einigen staatlichen Einrichtungen Schwierigkeiten erlebt. Zum Beispiel kann ein einfacher Passantrag¹⁴ zu einem Verfahren werden, bei dem man auf unüberwindbare Schwierigkeiten stößt. Mit anderen Worten: Wenn du Kriegsdienstverweigerer bist, kann ein Verfahren, das für jeden anderen einfach ist, für dich zu einer mehrstündigen Tortur werden. Ganz zu schweigen von den Fragen, denen du ausgesetzt bist, den fragenden Blicken und den anstrengenden Bemerkungen.

¹⁴ Hüseyin Civan's Antrag auf Ausstellung eines Reisepasses bei der Beyoğlu-Polizeibehörde im Jahr 2015 wurde rechtswidrig blockiert. Um Civan, der in den Akten als „Schulverweigerer“ geführt wurde, einen Pass auszustellen, verlangte die Polizeibehörde ohne Rechtsgrundlage ein Bestätigungsschreiben der Militärdienststelle, weigerte sich aber, einen Pass auszustellen, nachdem Hüseyin Civan sich weigerte, das Schreiben entgegenzunehmen. <https://vicdaniret.org/beyoglu-emniyet-pasaport-subenin-vicdani-retciye-hukuksuzlugunu-belgeledik/>

Eine der größten Diskriminierungen, die ich als Kriegsdienstverweigerer erfahren habe, ist die Diskriminierung im Arbeitsleben, wie ich bereits erwähnt habe. Unabhängig davon, wie qualifiziert man ist oder wie talentiert man in seinem Beruf ist, die Anforderung, die militärische Verpflichtung zu erfüllen, bindet einem ein Leben lang die Hände. Ich musste bei einem befreundeten Familienmitglied wegen der „Strafe für die Einstellung von Personen, die ihren Wehrdienst nicht abgeleistet haben“, kündigen. Mit anderen Worten, der Staat sagt uns, dass man nicht offiziell arbeiten kann, dass man keine Versicherung in Anspruch nehmen kann. Das ist eine Diskriminierung nicht nur gegen mich, sondern auch gegen meine Familie.

Eine Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung ist nicht nur ein kleiner Text, den eine Person zu einem bestimmten Zeitpunkt in ihrem Leben schreibt oder liest. Sie ist der Beginn eines Prozesses, der sich tiefgreifend auf die folgenden Jahre des eigenen Lebens auswirken wird. Aber sie ist auch eine Erklärung, dass man trotz aller Schwierigkeiten für das Leben, den Frieden und die Freiheit ist.



15. Mai 2016, Diyarbakır. Im Stadtwald von Tahir Elçi organisierte Presseerklärung, die von der Polizei verhindert wurde.

06 Ocak 2016

ASYŞ 0410 – – 16 /Oly İşl

KONU Yoklama Kaçağı / Bakaya
Yakalama Tutanağı**TUTANAKTIR**

06 Aralık 2016 tarihinde saat:17:30 sıralarında İzmir 1 Nolu F Tipi Cezaevine ziyarete gelen vatandaşlık numaralı Hüseyin CIVAN isimli şahsın yapılan GBT sorgulamasında Yoklama Kaçağı olduğu tespit edilerek, yakalanmıştır.

1. Milli Savunma Bakanlığı kayıtlarında yoklama kaçağı / bakaya olarak aranan aşağıda kimliği yazılı yökümlü 29089467870 vatandaşlık numaralı Hüseyin CIVAN 06 Ocak 2016 tarihinde Jandarma personeli tarafından yapılan uygulamada ele geçirilmiştir.

2. Yökümlüye 1111 sayılı Askerlik kanunu gereği en yakın askerlik şubesine başvurması ve askerlik işlemlerini tamamlamasına yönelik aşağıdaki talimat tebliğ edilmiştir.

AÇIK KİMLİĞİ

T.C Kimlik No

Adı Soyadı

Baba ve Anne Adı

Doğum Yeri / Tarihi

Nüfusa Kayıtlı Olduğu İlçe

Hüseyin CIVAN

11.11.1980

MERSİN / NİĞİZ

11.11.1980

TALİMAT

1.1111 sayılı Askerlik Kanunu gereği Milli Savunma Bakanlığı tarafından yoklama kaçağı/bakaya olarak arandığım tarafıma tebliğ edildi.

2. Askerlik işlemlerimi tamamlamak üzere ilk mesai gününden itibaren toplam 15 gün içinde en yakın Askerlik Şubesi Başkanlığına başvuracağım, başvururken yanımda 2 adet vesikalık fotoğraf, T.C kimlik kartım, mezuniyet ve varsa bonservis ve hastalıklarımın ait belgeleri de götüreceğim.

3. Bana tanınan süre içinde en yakın Askerlik Şubesi Başkanlığına başvurarak işlemlerimi tamamlattırmamam durumunda 1111. Sayılı Askerlik Kanunu ve 1632 sayılı askeri ceza kanunun ilgili hükümleri gereği hakkımda cezai işlem uygulanacaktır. 06 Ocak 2016 / 17.30

TEBLİĞ EDEN**HAZIRDA BULUNAN****TEBELLÜĞ EDEN****AÇIKLAMALAR**

1. Yoklama kaçağı, saklı ve bakayalar 1111 sayılı Askerlik Kanunu'nun 86 ve 89'ncü maddelerinin hükümlerine göre idari para cezası ile cezalandırılır.

2. Haklarında kesinleşmiş idari para cezası bulunanlardan 1111/89 uncu maddesinde yazılı yoklama kaçağı ve bakaya suçlarından herhangi birini işleyenler cezalandırmak üzere cumhuriyet Başsavcılıklarına sevk edilir.

3. İdari para cezaları her yıl yeniden değerlendirme oranında artış göstermektedir.

HİZMETE ÖZEL

Ein Bericht gegen den Kriegsdienstverweigerer Hüseyin Civan mit dem Vorwurf der
"Militärdienstentzieher".



Mehmet Ali Başaran¹⁵

Ich wurde 1983 in Trabzon geboren. Nachdem ich 18 Jahre in Istanbul gelebt hatte, kehrte ich 2020 nach Trabzon zurück und arbeite seitdem als Anwalt.

Seit 2007 habe ich vom Konzept der Kriegsdienstverweigerung erfahren; ich habe die Prozesse von Kriegsdienstverweigerern wie Enver Aydemir und İnan Süver genau verfolgt. Im Jahr 2013, als ich 30 Jahre alt war, erklärte ich, dass ich nicht im Militär dienen würde. Ich bin ein Kriegsdienstverweigerer. Ich hatte zwei Gründe, meine Kriegsdienstverweigerung zu erklären. Der erste: Die Militärdienstpflicht widerspricht meinem Glauben. Der zweite hängt mit meinem Beruf zusammen: Es gibt ernsthafte Rechtswidrigkeiten und Rechtsverletzungen in den türkischen Streitkräften. Ich habe meine Kriegsdienstverweigerung aus diesen beiden Gründen erklärt. Ich bin seit 2012 Kriegsdienstverweigerer. Wegen meiner Kriegsdienstverweigerung musste ich viele offizielle Dokumente unterschreiben, die gegen mich ausgestellt wurden.

In einigen Fällen weigerte ich mich zu unterzeichnen, in anderen erklärte ich, dass ich ein Kriegsdienstverweigerer war. Ich musste vielleicht 10 bis 15-mal unterschreiben. Ich wurde mehrmals einer Personenkontrolle unterzogen, bei einigen musste ich meinen Anwaltsausweis vorzeigen, damit ich als Anwalt anerkannt wurde.¹⁶

Gegen mich wurde ein Bußgeldbescheid erlassen, der rechtskräftig ist. Mein Bankkonto wurde aufgrund dieser Geldstrafe gesperrt. Nach dieser Geldstrafe wurde gegen mich ein Strafverfahren wegen Kriegsdienstverweigerung eingeleitet, ich wurde vor Gericht gestellt und zu fünf Monaten Haft verurteilt. Ich legte Berufung ein, aber der Kassationsgerichtshof bestätigte das Urteil.

¹⁵ Mehmet Ali Başaran's Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung ist abrufbar unter: <https://vicdaniret.org/mehmet-ali-basaran/>

¹⁶ Rechtsanwält*innen sollten bei der Ausübung ihrer Aufgaben als Beamt*innen des öffentlichen Rechts betrachtet werden und sollten gemäß Art. 1 des Gesetzes über Rechtsanwält*innen von Identitätskontrollen verschont bleiben.

Daraufhin habe ich meinen Fall vor das Verfassungsgericht gebracht und 2019 einen Individualantrag gestellt. Ich glaube jedoch nicht, dass das Verfassungsgericht ein effektiver Mechanismus ist. In solchen Fällen könnte man sich direkt an den Europäischen Menschenegerichtshof (EGMR) wenden, ohne abzuwarten, bis der innerstaatliche Rechtsweg ausgeschöpft ist. Ich denke, die Rechtsgrundlage dafür wurde bereits geschaffen: Es gibt keinen innerstaatlichen Rechtsbehelf, wenn es um das Recht auf Kriegsdienstverweigerung geht. Im Jahr 2018 erhielt die Person, für die ich arbeitete, einen Bescheid vom Ministerium für Nationale Verteidigung. Zu dieser Zeit befanden wir uns auch im Ausnahmezustand. Nach dieser Benachrichtigung wurde ich entlassen. Damals war ich dort nur formal versichert, so dass das in meinem eigenen Leben, ehrlich gesagt, keine großen Probleme verursachte. Aber wir müssen sagen, dass dies ein außergewöhnlicher Druck ist, ein Eingriff in das Arbeitsleben. Vor allem, wenn dies während des Ausnahmezustands geschieht, kann es noch lästiger werden... Da Arbeitgeber*innen ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Arbeitsgesetz ergeben, wie z. B. Arbeitsmoral und -ethik, nicht erfüllen wollen, können sie die Menschen in einem kapitalistischen Umfeld leicht schikanieren.



Militärtourismus-Festival, 2005, Izmir. Besuch in Kadifekale.

Oğuzhan Şahin¹⁷

Ich bin 28 Jahre alt und habe ein Studium der Biologie an der Fakultät für Naturwissenschaften und Literatur abgeschlossen. Wenn ich nach meinem Beruf gefragt werde, gebe ich meinen Abschluss an, da ich als Kriegsdienstverweigerer meinen eigentlichen Beruf kaum ausüben konnte. Nach meinem Abschluss habe ich keinen Militärdienst geleistet. Ich arbeite seit sechs Jahren an verschiedenen Orten als Servicekraft/Barkeeper im Bereich Gastronomie und Unterhaltung.

Ich habe meine Kriegsdienstverweigerung zum ersten Mal am 15. Mai 2021 über den Verein für Kriegsdienstverweigerung erklärt. Zur Zeit, als ich meine Kriegsdienstverweigerung erklärte, gab es einen Durchsuchungsbefehl, weil ich mich etwa 4-5 Jahre dem Militärdienst entzogen hatte. Meine Motivation, meine Kriegsdienstverweigerung zu erklären, war in erster Linie die Tatsache, dass ich nicht als Kriegsdienstverweigerer anerkannt wurde, dass die verfassungsmäßigen Bestimmungen von der Republik Türkei nicht umgesetzt wurden und dass ich als Einzelperson Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt war. Die Auswirkungen meiner Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung auf mein Leben begannen, als ich anfang, sie zu äußern, insbesondere während der GBT-Kontrollen. Nach langer Zeit wurde die Haltung einiger Offiziere, welche die Sicherheitskontrollen durchführen, weil sie nicht über die Kriegsdienstverweigerung informiert sind, sowie die harte Haltung derer, die darüber informiert waren, zu einem Teil meines Lebens. Nachdem ich meine Kriegsdienstverweigerung erklärt hatte, wurden meine Bewerbungen und Vorstellungsgespräche oft mit der Begründung abgelehnt, dass ich meinen Militärdienst nicht leiste oder dass das Unternehmen verpflichtet sei, den Status des Arbeitnehmers der Polizei zu melden. In jenen Jobs, die ich irgendwie fand und arbeitete, war ich in der Regel ohne Versicherung angestellt. Ich konnte weder im akademischen noch im privaten Sektor eine Stelle finden, die mit dem Studiengang, den ich abgeschlossen hatte, in Verbindung stand.



¹⁷ Oğuzhan Şahin's Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung ist abrufbar unter: <https://vicdaniret.org/oguzhan-sahin/>



Die Situation in Bezug auf den Militärdienst ist auf der Website des YÖK (Rat für Hochschulbildung) klar dargestellt. In der Privatwirtschaft erhielt ich, nachdem ich meinen Militärdienststatus angegeben hatte, negative Antworten mit verschiedenen Ausreden. Ich arbeitete eine Zeit lang an 3-4 Arbeitsplätzen, die meinen Militärstatus nicht abfragten und meine Versicherung bezahlten. Nachdem die Generaldirektion für den Militärdienst des Verteidigungsministeriums einen Bescheid an einen dieser Arbeitsplätze geschickt hatte, an dem ich ein Jahr lang als versicherter Arbeitnehmer gearbeitet hatte, musste ich die Stelle kündigen. Das Bild dieses Bescheids ist beigefügt. Mir wurde mitgeteilt, falls der Arbeitgeber mich weiter beschäftigen würde, würde eine Strafanzeige wegen „Beschäftigung eines Militärdienstentziehers“ gemäß Artikel 75 des Militärstrafgesetzbuchs Nr. 1632 in Übereinstimmung mit Artikel 41 des Einberufungsgesetzes 7179 eingereicht. Seit 1,5 Jahren arbeite ich als versicherter Arbeitnehmer in einem Betrieb. Ich hatte sie über meine Situation informiert, und sie erklärten, dass ich bis zum Tag einer eventuellen Benachrichtigung angemeldet weiterarbeiten könne. Nach der Meldung könne ich an demselben Arbeitsplatz weiterarbeiten, allerdings ohne Anmeldung, sagten sie. Es ist offensichtlich, dass die derzeitige Regierung keinen Schritt in Sachen Kriegsdienstverweigerung unternehmen wird. Ich denke, dass bei einem möglichen politischen Machtwechsel bei den kommenden Wahlen ein Schritt in dieser Frage unternommen werden wird, aber es wird lange dauern. Ich hoffe, dass dies den Weg für das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ebnen wird.

T.C.
ADALAR KAYMAKAMLIĞI
ADALAR İLÇE EMNİYET MÜDÜRLÜĞÜ

SAYI:

11.08.2021

KONU: Yoklama Kaçağı Tutanağı

TUTANAKTIR

1. Milli Savunma Bakanlığı kayıtlarında yoklama kaçağı/bakaya olarak aranan aşağıdaki kimliği yazılı yükümlü 11.08.2021 tarihinde kolluk kuvvetleri personeli tarafından yapılan uygulamada ele geçirilmiştir.
2. Yükümlüye 7179 sayılı Askerlik Kanunu gereği askerlik işlemlerinin tamamlattırmasına yönelik aşağıdaki talimat tebliğ edilmiştir.

TALİMAT

1. 7179 Sayılı Askerlik Kanunu gereği Milli Savunma Bakanlığı tarafından yoklama kaçağı/bakaya olarak arandığım tarafıma tebliğ edildi.
2. Askerlik işlemlerimi tamamlatmak üzere kolluk kuvvetleri tarafından ele geçirildiğim tarihten itibaren 15 gün içinde eksik evrakımı/ yoklama neticemi askerlik şubesine getireceğim . Yoklama işlemlerinin 15 günü aşırması durumunda askerlik şubesini bilgilendireceğim ve neticelenmesini müteakip en kısa sürede sonucu en yakın askerlik şubesine teslim edeceğim.
3. Bana tanınan süre içinde en yakın askerlik şubesi başkanlığına başvurarak işlemlerimi tamamlattırmamam durumunda Askerlik Kanunu ve Askeri Ceza Kanununun ilgili hükümleri gereği hakkımda cezai işlem uygulanacaktır.

TEBLİĞ EDEN

Polis Memuru

HAZIR BULUNAN

Ç.M.B.

TEBELLÜĞ EDEN

OĞUZHAN ŞAHİN

YAKALANAN ŞAHSA AİT

TC KİMLİK NUMARASI:

TELEFON NUMARASI:

4.2 Die Auswirkung der Verletzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung auf die Einschränkung der Freizügigkeit

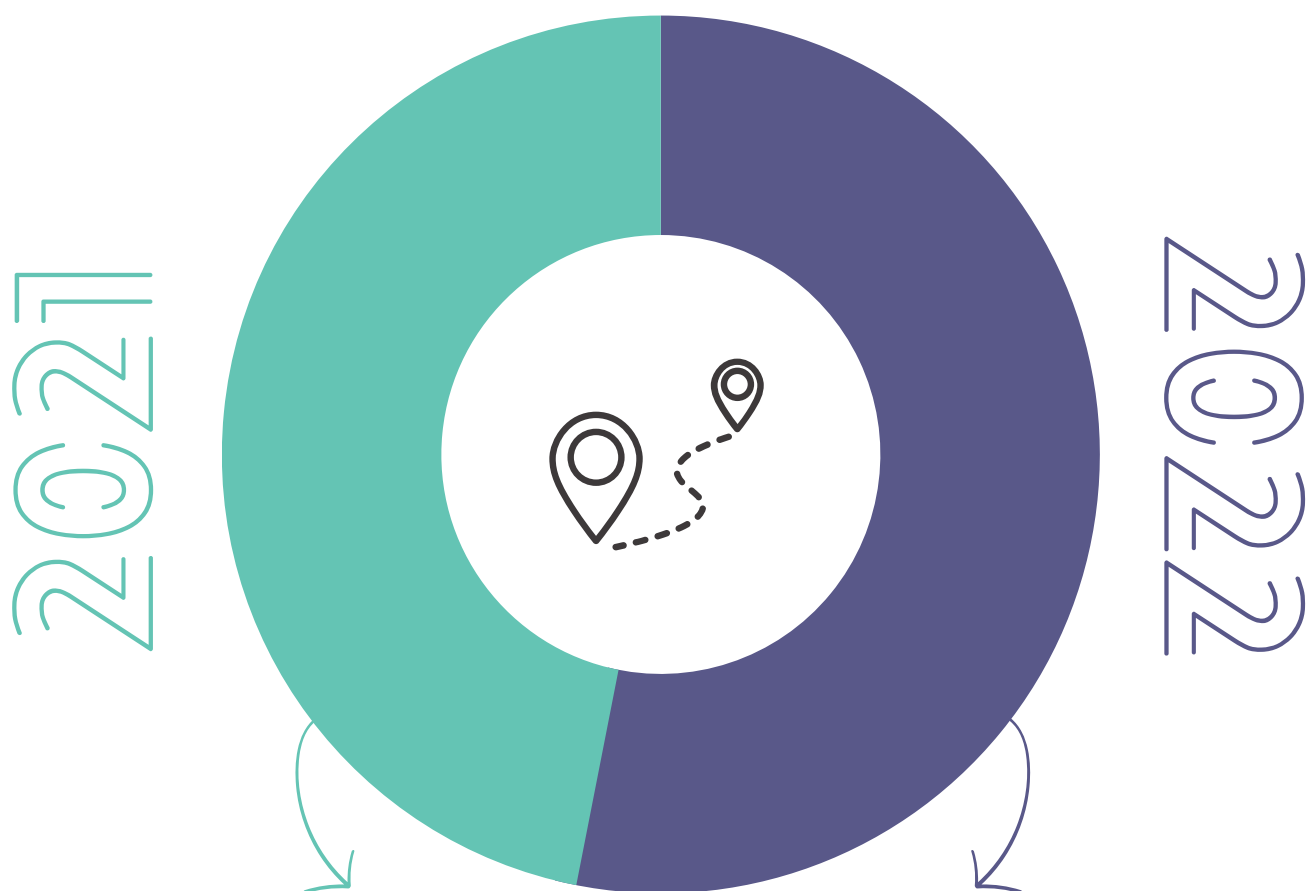
Gemäß Artikel 23 der Verfassung hat „jeder das Recht auf Niederlassungs- und Bewegungsfreiheit“. Obwohl es keine klare und eindeutige Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Militärdienstverweigerern oder Militärdienstentziehern gibt, ist ihre Bewegungsfreiheit in der Praxis jedoch eingeschränkt.

In der Praxis führt Artikel 26 des Wehrdienstgesetzes mit dem Titel „Verfolgung von Militärdienstverweigerern und Militärdienstentziehern“ zu dem Problem der Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Militärdienstverweigerern und Militärdienstentziehern. In der Türkei verhindern die häufigen GBT-Kontrollen sowohl in den Städten als auch auf dem Land eindeutig, dass sich diese Personen frei bewegen können.

Wie im zweiten Abschnitt mit dem Titel „Kriegsdienstverweigerung in der nationalen Gesetzgebung und Praxis“ bereits dargelegt, haben die Behörden bei der Identitätskontrolle, die als allgemeine Informationserfassung (GBT) bekannt ist, Zugang zu aktuellen Informationen, wie z. B. dem Militärdienststatus und dem Strafregister. Die Polizei in Stadtzentren und die Gendarmerie in Gebieten außerhalb von Stadtzentren dürfen Fahrzeuge anhalten und kontrollieren. Diese Sicherheitskontrollen werden auch in Hotels oder ähnlichen Beherbergungsbetrieben durchgeführt, die gemäß dem Gesetz Nr. 1774 über Identitätsmeldungen verpflichtet sind, diese Informationen an die Polizei zu melden. Über Personen, die sich auf der Straße oder in einem Hotel oder einer ähnlichen Unterkunft als Kriegsdienstverweigerer, Militärdienstentzieher oder Deserteure erweisen, wird ein Meldeprotokoll erstellt. Kriegsdienstverweigerer werden wahrscheinlich jedes Mal, wenn sie im Laufe ihres Lebens mit der Polizei oder Gendarmerie in Kontakt kommen, diesem Verfahren unterzogen.

Um diese Prozedur zu vermeiden, verzichten Kriegsdienstverweigerer oft auf Reisen oder Aufenthalte in Hotels o.Ä. wo ihre Identitätsdaten erfasst werden.

Nach den Daten, die aufgrund der bei Conscientious Objection Watch eingereichten Meldungen gewonnen wurden, gaben 43 Personen im Jahr 2021 und 38 Personen im Jahr 2022 an, dass ihre Bewegungsfreiheit aufgrund ihrer Militärdienstplicht eingeschränkt war. Die meisten der Antragsteller gaben an, dass sie gleichzeitig mehreren Rechtsverletzungen ausgesetzt waren. Diese Daten zeigen, dass die Bewegungsfreiheit die zweithäufigste Verletzung/Einschränkung von Rechten ist, mit der Kriegsdienstverweigerer und Militärdienstplichtige in den letzten zwei Jahren konfrontiert waren. In Interviews, die während der Vorbereitung dieses Berichts geführt wurden, gaben viele Kriegsdienstverweigerer an, dass sie ihren Lebensstil ändern mussten, um Identitätskontrollen bei Reisen oder Unterkünften zu vermeiden.



Im Jahr 2021 wurde die Bewegungsfreiheit von 43 Personen durch den Militärdienst eingeschränkt.

Im Jahr 2022 waren 38 Personen aufgrund ihrer Wehrpflicht in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

4.2.1 Erfahrungen mit der Einschränkung der Freizügigkeit



Ersan Uğur Gör¹⁸

Ich bin 46 Jahre alt. Ich arbeite als Art Director und Grafikdesigner. Ich habe am 14. Mai 2004 meine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Zu diesem Zeitpunkt war meine Zurückstellung gerade beendet oder stand kurz vor dem Ende. Ich vertrete eine antimilitaristische Sichtweise. Ich strebe ein Leben frei von Gewalt und Hierarchie an. Daher war es mir nicht möglich, meinen Militärdienst abzuleisten.

Mein rechtlicher Status ist Kriegsdienstverweigerer. Ich weiß nicht, wie viele Einberufungsbescheide ich erhalten habe, es müssen zwischen 15-20 gewesen sein. Meistens begegne ich diesen Sicherheitskontrollen im Straßenverkehr. Manchmal müssen wir zur nächsten Polizeistation gehen, weil die Polizei oder Gendarmerie kein Formular zum Ausfüllen hat. Einmal kannte der Beamte das Verfahren nicht und man brachte mich zur Militärdienststelle. Die Polizei will sich nicht allzu sehr mit diesem Thema befassen. Bei einer Verkehrskontrolle sagte mir ein Polizist: „Sagen Sie der Polizei Ihren Status, bevor sie Ihre GBT überprüfen, damit sie keinen Eintrag machen.“ Ich habe diese Taktik ausprobiert, und es hat 5 bis 6 Mal geklappt. Sie sagten: „OK, geh weiter.“



¹⁸ Ersan Uğur Gör's Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung ist abrufbar unter: <https://vicdaniret.org/ersan-ugur-gor/>



Militurismus-Festival, 2004, Istanbul. Straßenperformance am Bahnhof Haydarpaşa, Kriegsdienstverweigerer Ersan Uğur Gör.

Ich hatte schon immer Probleme mit Reisen und Unterkünften. Es ist fast 20 Jahre her, dass ich meine Kriegsdienstverweigerung erklärt habe. Wenn ich beruflich in andere Städte fahre, buchen die Kunden Hotels, aber ich erkläre meine Situation und bleibe, ohne mich anzumelden. Es macht mir nichts aus, wenn ich einen Eintrag habe, aber ich möchte nicht mitten in der Nacht aus dem Bett gezerrt werden. Aus diesem Grund ziehe ich es vor, so oft wie möglich nicht in Hotels zu übernachten.

Ich bin an Orten wie Busbahnhöfen und Flughäfen auf GBT-Kontrollen gestoßen. Ich reise meist mit meinem eigenen Fahrzeug und werde im Straßenverkehr oft einer GBT-Kontrolle unterzogen.

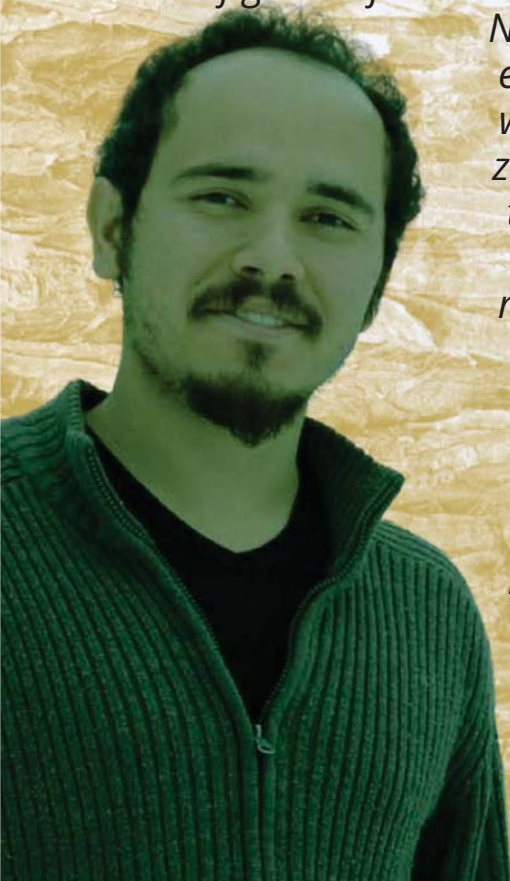
Wenn wir unsere Kriegsdienstverweigerung erklären, treffen wir diese Entscheidung im Wissen über die Rechtsverletzungen und Strafen, die uns drohen. Diesbezüglich muss ich sagen, dass ich es nicht bereue. Natürlich werden wir weiterhin für die Abschaffung der Sanktionen kämpfen.



Gökhan Soysal¹⁹

*Ich bin 30 Jahre alt, ich bin Rechtsanwalt. Ich habe 2013 meine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Zu diesem Zeitpunkt galt ich als militärdienstpflichtig. Da ich mich noch im Grundstudium befand, wurde ich automatisch zurückgestellt. Meine Hauptmotivation für die Kriegsdienstverweigerung ist, dass ich nicht zur Armee gehen möchte, die eine der größten Quellen für Nationalismus und Militarismus ist, und dass ich keine Waffe in die Hand nehmen möchte. Der Kampf um die Kriegsdienstverweigerung war ein Kampf, in dem ich mich als Antikriegsmensch entwickelt habe. Während der Zeit, in der ich vom Studium zurückgestellt wurde, hatte ich keine Probleme, weil ich keinen Militärdienst leisten musste, aber nach dem Ende meiner Zurückstellung begann ich Probleme zu bekommen, weil ich aufgrund meines Berufs als Anwalt viel in der Stadt unterwegs bin. Als Anwalt und auch als einer der Anwälte der Kriegsdienstverweigerer sowie Kriegsgegner*innen, mit denen ich in Kontakt stand, reiste ich häufig in andere Städte. Da ich auf diesen Reisen übernachten musste, wurden mir im Rahmen von GBT-Kontrollen häufig Unterlagen ausgestellt. Als Jurist war ich relativ beruhigt, weil ich wusste, dass das Ergebnis der Aufzeichnungen eine Geldstrafe gegen mich sein würde, bis das Bußgeldverfahren abgeschlossen war.*

*Nachdem ich jedoch erfahren hatte, dass gegen mich ein Bußgeldbescheid ergangen war, der rechtskräftig war, hatte ich Schwierigkeiten bei meinen Reisen. Ich zögerte sogar, an Verhandlungen in anderen Städten teilzunehmen, in denen die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung hoch war, außer in Fällen, in denen meine Mandant*innen verhaftet waren. Wenn ich zu diesen Verhandlungen außerhalb der Stadt reiste, versuchte ich, bei meinen Freund*innen zu übernachten, falls vorhanden, oder bei Bekannten der Mandant*innen. Ich musste in den Wohnungen von Leuten übernachten, die ich überhaupt nicht kannte. Bei GBT-Kontrollen auf der Straße versuchte ich, mit meinem Anwaltsausweis die Kontrollen zu passieren. Wenn ich in Großstädte wie Ankara und Izmir reiste, versuchte ich, die Kontrollen zu vermeiden, die sich aus dem Militärstatus ergeben könnten, indem ich mit dem Flugzeug oder dem Hochgeschwindigkeitszug statt mit dem Bus reiste.*



¹⁹ Gökhan Soysal's Erklärung zur Kriegsdienstverweigerung ist abrufbar unter: <https://vicdaniret.org/gokhan-soysal/>

Aufgrund des Covid-19-Ausbruchs wurde in öffentlichen Einrichtungen und Organisationen damit begonnen, den HES-Code (Online-Gesundheitsüberwachungssystem) zu erfragen. Diese Abfrage erfolgte zunächst durch einen Blick auf den Code auf dem Handy, wurde dann aber zu einer Überprüfung des HES-Codes mit Hilfe von Tablets, die das Sicherheitspersonal am Eingang der Einrichtungen trägt. Die Gendarmen, die für die Sicherheit an den Gefängniseingängen zuständig sind, überprüften den HES-Code jedoch durch eine GBT-Kontrolle. Aus Angst vor einem möglichen Strafverfahren gegen mich konnte ich meine Klient*innen lange Zeit nicht in den Gefängnissen besuchen, bis die COVID-Beschränkungen aufgehoben wurden. In der Stadt, in der ich lebe, habe ich versucht, mich von Orten fernzuhalten, an denen GBT-Kontrollen durchgeführt werden würden. Ich habe versucht, nicht gesehen zu werden oder, wenn ich musste, mit meinem Anwaltsausweis vorbeizukommen. Ich weiß nicht, wie viele Meldeprotokolle bei mir ausgestellt wurden, aber ich schätze etwa zehn. Einige dieser Meldeprotokolle erhielt ich in Hotels und ähnlichen Einrichtungen, in denen ich übernachten musste. Einmal stellten sowohl die Polizei als auch die Gendarmerie im Abstand von 5 Minuten Meldeprotokolle aus. Einige dieser Meldeprotokolle erhielt ich bei Fahrten mit Überlandbussen. Zur Erfassung der Meldeprotokolle, vor allem wenn ich mit dem Bus unterwegs war, wurde ich aus dem Bus geholt. Während der Ausstellung der Unterlagen wurde ich nie zu einer Polizeistation oder einem Einberufungsbüro gebracht. Da ich jedoch bereits wusste, dass die Unterlagen ausgestellt werden, wenn ich mich innerhalb der Arbeitszeiten in den Hotels anmelde, versuchte ich, nach diesen Zeiten einzuchecken, um mögliche Probleme zu vermeiden. Bei Fahrten mit dem Überlandbus hatte ich keine größeren Probleme, da die Vollzugsbeamten sich nicht damit befassen wollten. Die übrigen Meldeprotokolle wurden während meiner Gefängnisbesuche ausgestellt.

Ich habe eine Individualbeschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof eingereicht. Ich denke, dass sie positiv abgeschlossen werden sollte, da ich Jurist bin. Andererseits denke ich, dass das Verfassungsgericht kein effektiver Mechanismus ist, da es seit fast 10 Jahren weder eine positive noch eine negative Entscheidung über Kriegsdienstverweigerung getroffen hat. Da Kriegsdienstverweigerer in diesem Prozess unter Rechtsverletzungen zu leiden haben, sehe ich das Verfassungsgericht als Hauptverantwortlichen für diese Situation.

T.C.
KAYMAKAMLIĞI
İlçe Emniyet Müdürlüğü

KONU: Yoklama Kaçağı / Bakaya Tutanağı

26 / 11 / 2019

Saat: 11 35

TUTANAKTIR

- 1- Milli Savunma Bakanlığı kayıtlarında yoklama kaçağı / bakaya olarak aranan aşağıda kimliği yazılı Polis / Çarşı ve Mahalle Bekçisi tarafından yapılan uygulamada ele geçirilmiştir.
- 2- Yükümlüye 1111 sayılı Askerlik Kanunu gereği en yakın Askerlik Şubesine başvurması ve askerlik işlemlerinin tamamlattırmasına yönelik talimat tebliğ edilmiştir.

TALİMAT

- 1- 1111 Sayılı Askerlik Kanunu gereği Milli Savunma Bakanlığı tarafından yoklama kaçağı / bakaya olarak arandığım tarafıma tebliğ edildi.
- 2- Askerlik işlemlerimi tamamlamak üzere ilk mesai gününden itibaren toplam 15 gün içinde en yakın Askerlik Şubesine başvuracağım. Başvururken yanımda 2 adet vesikalık fotoğraf, T.C. kimlik kartım, mezuniyet ve varsa bonservis ve hastalıklarına ait belgeleri götüreceğim.
- 3- Bana tanınan süre içinde en yakın Askerlik Şubesi Başkanlığına başvurarak işlemlerimi tamamlattırmadığım takdirde 1111 sayılı Askerlik Kanunu ve 1632 Sayılı Askeri Ceza Kanununun ilgili hükümleri gereği hakkımda cezai işlem uygulanacaktır.

TEBLİĞ EDEN

Sicil

İmza:

HAZIR BULUNAN

Sicil :

İmza :

TEBELLÜĞ EDEN ve YAKALANAN ŞAHIS

T.C.

Adı-Soyadı: Gökhan SOYSAL

Vicdanî Retayim

İmza :

Yakalandığı Mahalle :

Yakalandığı Sokak : Sağış/Hacıme Met Dur.

AÇIKLAMALAR :

- 1- Yoklama kaçağı, saklı ve bakayalar; 1111 Sayılı Askerlik Kanunun 86 ve 89'uncu maddelerinin hükümlerine göre idari para cezası ile cezalandırılır.
- 2- Hakkı Ein Bericht gegen den Kriegsdienstverweigerer Gökhan Soysal wegen des Vorwurfs, yoklama kaçağı ve bakaya suçlarından "Militärdienstentzieher". ile cezalandırılmak üzere Cumhuriyet Başsavcılıklarına sevk edilir.



B.Ş.²⁰

Ich bin 35 Jahre alt und Musiker. Ich habe im Januar 2013 meine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Zu dieser Zeit leistete ich meinen Militärdienst ab.

Ich erinnere mich, dass ich im Alter von ungefähr 17-19 Jahren zum ersten Mal mit dem Konzept der Kriegsdienstverweigerung in Berührung kam. Durch die Nachrichten über Mehmet Tarhan, eine Kolumne von Perihan Mağden sowie eine Broschüre, die ich im Bücherregal eines Gymnasiallehrers fand (ein Libertärer, der eine Perspektive außerhalb der offiziellen Ideologie vertritt) und dessen Buch ich mir auslieh.

Im Sommer 2018 war ich dabei, ein Visum für ein Konzert in Deutschland zu beantragen. Während ich das für das Visum erforderliche Dokument ausfüllte, wurde ich gefragt: „Können Sie hier eine Weile warten?“, und mir wurde eine Ecke gezeigt. Sie riefen die Polizei. Die Polizei brachte mich zum Rekrutierungsbüro. Ich hatte meinen Anwalt am Telefon konsultiert, mich über meine Rechte informiert und bin daraufhin der Rekrutierung nicht gefolgt. Auf den Papieren, die mir ausgehändigt wurden, schrieb ich, dass ich Kriegsdienstverweigerer sei und dass es in diesem Land keine Militärdienstpflicht geben dürfe und dass ich mich weigerte, zu unterschreiben. Mir wurde geraten, mich innerhalb von 15 Tagen zu stellen, und ich verließ das Büro.

Außerdem macht mich die Möglichkeit, auf Reisen möglicherweise GBT-Kontrollen ausgesetzt zu sein, weniger reisefreudig. Ich denke nicht viel über Reisepläne nach, bei denen ich die Stadt, in der ich lebe, verlassen muss. Aus demselben Grund bevorzuge ich auch keine Hotels/Herbergen als Unterkunft.

Eine weitere interessante Anekdote: Ich nähere mich den Eingängen von U-Bahn-Stationen immer mit Vorsicht, weil dort oft Polizeibeamte stehen, die Ausweiskontrollen durchführen.

²⁰ Der Kriegsdienstverweigerer B.S. zog es aus Sicherheitsgründen vor, seinen Namen nicht eindeutig in diesem Bericht zu nennen.

Das hindert mich nicht daran, mich in der Stadt fortzubewegen, aber es ist ein bisschen lästig und lässt mich immer wieder vorsichtig werden.

Ebenso ziehe ich es die meiste Zeit vor, durch Straßen zu gehen, in denen es keine Polizei gibt, und wenn nötig, mache ich einen Umweg. Vielleicht habe ich hellseherische Fähigkeiten entwickelt, um zu vermeiden, dass ich in diesem Land der Autorität unterworfen bin, und vielleicht bin ich ein guter Fußläufer geworden.

2004, Izmir.

15. Mai Internationaler Tag der Kriegsdienstverweigerung



5. ZUSAMMENFASSUNG

Da der türkische Staat darauf besteht, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht als Menschenrecht anzuerkennen, verstößt er eindeutig gegen seine Verpflichtungen aus vielen internationalen Menschenrechtsverträgen, die er unterzeichnet hat. Die Nichtanerkennung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung und das Ignorieren von Kriegsdienstverweigerern führt dazu, dass sie zahlreichen Einschränkungen und Verletzungen ihrer Rechte ausgesetzt sind, und ebnet den Weg dafür, dass die Verletzungen in den Tod zivilen Tod münden.

Der Entzug der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Rechte von Kriegsdienstverweigerern führt zum zivilen Tod und macht ihr Leben unerträglich. Vor allem in den letzten Jahren hat die Zahl der Kriegsdienstverweigerer, die aufgrund ihres zivilen Todes erwägen, ihr Heimatland zu verlassen und ins Ausland zu gehen, deutlich zugenommen. In den Meldungen, die bei Conscientious Objection Watch eingereicht werden, ist die Zahl der Personen, die Informationen über das Verlassen des Landes oder die Suche nach Asyl suchen, beträchtlich. Die Politik des türkischen Staates, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zu ignorieren oder abzulehnen, erhöht die Einschränkungen und Verletzungen, denen Kriegsdienstverweigerer ihr Leben lang ausgesetzt sind. In diesem Bericht haben wir nur die Kategorien „Einschränkung der Bewegungsfreiheit“ und „Verletzung des Rechts auf Arbeit“ behandelt. Viele Kriegsdienstverweigerer sind aber gleichzeitig weiteren Rechtsverletzungen ausgesetzt, wie z.B. Recht auf Bildung, Wahlrecht, Recht auf ein faires Verfahren.

Eine Änderung der Politik in Bezug auf das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ist notwendig, um die Bedingungen und Folgen des zivilen Todes zu beseitigen, die Kriegsdienstverweigerer erleben. Der Umfang des Politikwechsels besteht im Wesentlichen aus der Implementierung des Gesetzes, d.h. der Verwirklichung der durch die Verfassung geschützten Grundrechte und -freiheiten und der Erfüllung der Anforderungen internationaler Menschenrechtsmechanismen.

Darüber hinaus werden die Beobachtung und Dokumentation der von Kriegsdienstverweigerern erlebten Verletzungen und ihrer aktuellen Situationen, die Schaffung eines Solidaritätsnetzwerks unter Kriegsdienstverweigerern, um den Informations- und Erfahrungsaustausch zu verstärken, und die Entwicklung der Zusammenarbeit mit internationalen Antikriegs- und Kriegsdienstverweigerungsorganisationen dazu beitragen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung weiter auf der Tagesordnung zu halten.



Conscientious
Objection
Watch



European
Bureau for
Conscientious
Objection



IFOR INTERNATIONAL FELLOWSHIP
of RECONCILIATION

Türkei: Verletzung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung hat vielfältige Konsequenzen

**Ein Überblick mit einem Schwerpunkt zur Einschränkung der
Bewegungsfreiheit von Kriegsdienstverweigerern und deren
Verletzung des Rechts auf Arbeit**



vicdaniretizleme@gmail.com

